

Rieser Tagesblatt

und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Druckanstalt: Tagesblatt Riesa.
Friedrichstr. 20.

Amtsblatt

Postfach: Riesa 21802.
Grosche Riesa Nr. 22.

für die Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, das Königl. Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.
Nr. 11. Montag, 14. Januar 1918, abends. 71. Jahrg.

Das Rieser Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 7/7 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Schalter der Kaiserl. Postanstalten vierteljährlich 3 Mark, monatlich 1 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für irgendwelche Nachwehungen und Vermittlungsgebühren 20 Pf. feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Betrieb der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Grotzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hämel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilke im Dittich, Riesa.

Verkauf von Feintalg.

Durch Herrn Fleischermeister Karl Reichelt, Hauptstraße 49, gelangt Mittwoch, den 16. Januar 1918, vormittags 8 Uhr bis nachmittags 4 Uhr wiederum ein Posten Feintalg zum Preise von 2 Mk. 30 Pf. für das Pfund zum Verkauf. Feintalg erhalten diesmal nur diejenigen, die ihre Lebensmittelkarten im Gahhaus „Deutsches Haus“ abholen. Jede brotartenbezugsberechtigte Person erhält 50 gr Feintalg. Die Brotausweis-Karte ist vorzulegen. Kleingeld und Papier sind mitzubringen.
Der Rat der Stadt Riesa, am 14. Januar 1918. Ohm.

7. Kriegsanleihe.

Zur Vornahme der Abrechnung ersuchen wir die Zeichner von Stücken und, soweit noch nicht geschehen, ihre Sparbücher möglichst sofort vorzulegen.
Sparbuchenverwaltung Riesa, am 14. Januar 1918.

Die Einnahmen und Telegramme werden in Riesa bis auf weiteres nur in der Zeit von 7 Uhr vorm. bis 9 Uhr nachm. befristet, sofern sie nicht den Vermerk „nachts“ tragen.
Kaiserliches Postamt Riesa.

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Brest-Litowsk, 12. Januar. Zu Beginn der heutigen Plenarsitzung, welche um 11 Uhr 30 Minuten vormittags eröffnet wurde, gab der Vorsitzende, Graf Czernin, folgende Erklärung ab:

In der Plenarsitzung am 10. dieses Monats hat der Herr Staatssekretär der ukrainischen Volksrepublik den Delegierten der vier verbündeten Mächte die Note des Generalsekretariats der ukrainischen Volksrepublik vom 11./24. Dezember 1917, Nummer 726, übergeben. Diese Note enthält unter Punkt 7 die Erklärung, daß die durch das Generalsekretariat vertretene ukrainische Volksrepublik in völkerrechtlichen Angelegenheiten selbständig auftritt und daß sie gleich den übrigen Mächten an allen Friedensverhandlungen, Konferenzen und Kongressen teilzunehmen wünsche.

In Erwiderung hierauf beehrte ich mich im Namen der Delegationen der vier verbündeten Mächte nachstehendes zu erklären: Wir erkennen die ukrainische Delegation als selbständige Delegation und als bevollmächtigte Vertretung der selbständigen ukrainischen Volksrepublik an. Die formelle Anerkennung der ukrainischen Volksrepublik als selbständiger Staat durch die vier verbündeten Mächte bleibt dem Friedensvertrage vorbehalten.

Herr Trotski, welcher sich hierauf das Wort erbat, führte folgendes aus:

In Zusammenhang mit der soeben in der Erklärung der Delegationen des Verbündeten behandelten Frage, erachte ich es für notwendig, zum Zwecke der Information und behufs Befestigung möglicher Mißverständnisse folgende Erklärung abzugeben: Diejenigen Konflikte, welche sich zwischen der russischen Regierung und dem Generalsekretariat ergeben haben und deren tatsächliche Seiten mehr oder weniger allen Anwesenden bekannt sind, hatten und haben keinen Zusammenhang mit der Frage der Selbstbestimmung des ukrainischen Volkes.

Sie sind durch die Widersprüche zwischen der Politik der Sowjets der Volkskommissare und des Generalsekretariats entstanden, Widersprüche, die ihren Ausdruck erhalten sowohl auf dem Territorium der Ukraine wie auch außerhalb ihrer Grenzen. Was nun die faktisch vor sich gehende Selbstbestimmung der Ukraine in Gestalt einer Volksrepublik anbetrifft, so kann dieser Vorgang keinen Raum für Konflikte zwischen den beiden Bruderrepubliken geben. In Anbetracht dessen, daß es in der Ukraine keine Okkupationsstruppen gibt, daß das politische Leben dort frei verläuft, daß es dort weder mittelalterliche Ständesorgane gibt, die das Land repräsentieren wollen, noch von oben auf Grund der Nachstellung ernannte Scheinministerien, die innerhalb der Grenzen handeln, die ihnen von oben eingeräumt worden, in Betracht ziehend, daß auf dem Territorium der Ukraine überall freigelegte Sowjets der Arbeiter, Soldaten- und Bauerndeputierten existieren, und daß bei der Wahl aller Organe der Selbstverwaltung das Prinzip des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts angewandt wird, gibt es und kann es keinen Zweifel geben, daß der Prozeß der Selbstbestimmung der Ukraine in den geographischen Grenzen und in den staatlichen Formen, die dem Willen des ukrainischen Volkes entsprechen, seine Vollendung finden wird. In Anbetracht des Vorstehenden und in Übereinstimmung mit der in der Sitzung vom 10. Januar abgegebenen Erklärung, steht die russische Delegation keinerlei Hindernisse für eine selbständige Teilnahme der Delegation des Generalsekretariats an den Friedensverhandlungen.

Der ukrainische Staatssekretär, Golubowitsch, erklärte hierauf, die Deklaration der vier verbündeten Mächte zur Kenntnis zu nehmen. Auf Grund derselben werde seine Delegation an den Friedensverhandlungen teilnehmen.

General Hoffmann, welcher hierauf das Wort ergriff, bemerkte, er habe aus der Antwort des Vorsitzenden der Petersburger Delegation auf seinen Protest ersehen, daß Herr Trotski nicht verstanden habe, warum die von ihm beanstandeten Forderungen und Beschränkungen gegen den Geist des Waffenstillstandes verstößen. Am Kopf des Waffenstillstandsvertrages ständen die Worte „Für die Sicherung eines dauerhaften Friedens“. Die russische Propaganda verstöße hiergegen, weil sie nicht einen dauerhaften Frieden anstrebte, sondern Revolution und Bürgerkrieg in unsere Länder tragen möchte.

In seiner Antwort verwies der Vorsitzende der russischen Delegation darauf, daß die gesamte deutsche Presse in Rußland zugelassen sei, und zwar auch jene, welche den Ansichten der russischen reaktionären Kreise entspreche und die dem Standpunkte der Regierung der Volkskommissare zuwiderlaufe. Es herrsche also vollkommene Parität in dieser Sache, die mit dem Waffenstillstandsvertrage nichts zu tun habe.

General Hoffmann replizierte hierauf, daß sein Protest sich nicht gegen die russische Presse gerichtet habe, sondern gegen offizielle Regierungskundgebungen und offizielle Propagandatätigkeit, die mit der Unterschrift des

Oberkommandierenden Arztes versehen sei. Der Oberbefehlshaber Ost und der Staatssekretär des Neuhern betreiben keine analoge Propaganda.

Herr Trotski erwiderte hierauf, daß die Bedingungen des Waffenstillstandsvertrages keine Beschränkung für die Äußerung der Meinung der Bürger der russischen Republik oder ihrer regierenden oder leitenden Kreise enthielten oder enthalten könnten.

Staatssekretär von Bülowmann stellte zu den Bemerkungen des Vorsitzenden der russischen Delegation fest, daß die Nichtteilnahme in die russischen Verhältnisse ein feststehender Grundsatz der deutschen Regierung sei, der aber natürlich volle Gegenseitigkeit erheische.

Herr Trotski entgegnete, die Parteien, die der russischen Regierung angehören, würden es als einen Schritt vorwärts anerkennen, wenn die deutsche Regierung sich frei und offen über ihre Ansichten bezüglich der inneren Verhältnisse äußere, insofern sie dies für notwendig erachten würde.

Darauf wurde die Sitzung geschlossen.

Die Wahlfähigkeit der politischen Denkmäler der Volkswelt tritt hier offen zutage. Sie sehen weder ein, daß eine Person in amtlicher Stellung zu einer gewissen Zurückhaltung in der Äußerung politischer Ansichten verpflichtet sei, noch wollen sie einen Unterschied darin erblicken, ob eine Zeitung herabgesetzt über die Zustände und Einrichtungen eines fremden Staates urteilt oder eine amtliche Persönlichkeit. Freilich, wenn es sich um ihre eigene Nachstellung handelt, dann haben sie für all das, was sich in dieser Hinsicht findet, sehr wohl Verständnis. Die ukrainische Rada hat es der bolschewistischen Regierung nicht erlauben wollen, mit Kaledin und seinen Anhängern Fühlung zu unterhalten, und wenn die deutsche Regierung sich für die furchtbaren Funkprüche der Petersburger Telegrafentelegraphen darüber rächen wollte, daß sie ihrerseits in Rußland eine Propaganda zugunsten der Feinde der bolschewistischen Regierung veranstaltete, so würde die Antwort Trotskis gewiß an den Spruch erinnern: „Ja, Bauer, das ist ganz etwas anderes.“ Man darf aber hoffen, daß unsere Unterhändler obeneben Mittel und Wege finden werden, den russischen Bevollmächtigten beizubringen, daß sie unmöglich einen „dauerhaften Frieden“ herbeiführen helfen können, wenn sie mit ihren Verleumdungen, Revolution und Bürgerkrieg in die Länder der Mittelmächte zu tragen.

Der Kronprinz, Hindenburg und der Reichskanzler beim Kaiser. Seine Majestät der Kaiser empfing vorgestern Morgen Seine Kaiserliche Hoheit den Kronprinzen. Zuvor hörte Seine Majestät den Generalfeldmarschall Goltz über die Verhandlungen der Kaiserin des Vortages des Reichskanzlers und den des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg.

Die Anwesenheit des Kronprinzen und der obersten Führer in Berlin deutet auf wichtige Beratungen der militärischen und politischen Stellen mit dem Kaiser hin. Heute, Montag, soll eine Art Kronrat stattfinden und Mittwoch will der Kaiser im Hauptausgang sprechen. Er kann das nicht tun, ohne auf die letzten Friedenszielklärungen der feindlichen Staatsmänner in England, Amerika und Frankreich einzugehen. Dazu aber bedarf er vorheriger eingehender Rücksprache mit den Heerführern. Sie ist auch notwendig, um endlich Klarheit über die Forderungen Deutschlands bezüglich der Ostfragen zu schaffen. Man weiß, wie schwierig sie sind, zumal eine Verständigung mit unseren Verbündeten, besonders Österreich-Ungarn, dabei unerlässlich ist. Schon einmal hat sich ein Kronrat in Berlin damit befaßt. Vielleicht kommt diesmal eine reifliche Klärung zustande. Das ist uns von höchstem Interesse, als alle jetzt zu treffenden Entscheidungen weit in die Zukunft Deutschlands hinausragen. Deshalb ist auch die Teilnahme des Kronprinzen an ihnen ganz begreiflich. Innere Reife freud aber glücklicher Weise jetzt nicht mehr im Vordergrund. Die bedeutenden Berliner Konferenzen dieser Tage scheinen sich vielmehr in voller Ruhe und Sachlichkeit zu vollziehen, jedoch ihren Entscheidungen das deutsche Volk mit aller Zuversicht entgegenzusehen darf.

Rücktritt Valentini? In den hochpolitischen Beratungen in Berlin kreist die Berliner Morgenpost: In politischen Kreisen wird mit großer Bestimmtheit berichtet, daß der Rücktritt des Chefs des Kabinetts von Valentini nunmehr endgültig erfolgen wird. — Wie das Berliner Tageblatt erzählt, ist auch der deutsche Gesandte im Haag, Dr. Rosen, desgleichen auch der Reichsminister Graf Bernstorff nach Berlin berufen worden. Es verlautet gerüchelt, daß der Reichskanzler Graf Hertling sich in den letzten Tagen krank gefühlt habe. Es sei keineswegs ausgeschlossen, daß bereits die nächsten Tage Ueberraschungen brächten.

Die Lage.

Auch an den beiden letzten Tagen hat sich die Lage nicht verändert, weil keiner der beiden Teile augenblicklich dazu

neigt, ihre Veränderung im großen in Angriff zu nehmen. Man überwacht sich gegenseitig, das ist alles! Wenn man den Worten der leitenden Staatsmänner trauen darf, dann ist der Vierverbündeten besonders mißtrauisch gegenüber deutscher Unternehmungslust und deutscher Sackgasse. Daß unsere Lage im Westen sich grundlegend ändert hat, geben die Gegner in diesen Wochen häufig gegen unsere Front-Entwicklungsabteilungen vorzutreiben. Sie fürchten, überrascht zu werden. So haben sie am 12. Januar sich die Mitte der deutschen Front zum Zielpunkt gewählt und von Reims bis westlich der Maas eine Reihe von Aufklärungsstößen vorgetrieben. Sie haben nirgends Erfolg gehabt, während ein eigenes Unternehmen südwestlich Drenth uns das wünschenswerte Ergebnis, nämlich Gefangene, gebracht hat.

Zwischen suchen sie uns — wie schon so oft — mehr mit Worten als mit Taten fürcht einzuschließen, obwohl sie auch die Abwesenheit von Neuem beim deutschen Volke schon längst hätten erkennen können. Miralich erst wieder hat Herr Baker, der Kriegseinsatz der Vereinigten Staaten, in einer Rede vor dem Senatsausschuß die gewaltige Stärke des amerikanischen Heeres, das im Laufe von neun Monaten entstanden sei und nun schon 1 1/2 Millionen Soldaten zähle, ausgebracht, und Herr Balfour in England hat bemerkt, daß wir übergeschlagen seien über die Aussicht, mit dieser furchtbaren Streitmacht fechten zu sollen. Welch Gedächtnis! Prüfen wir die Zahlen Bakers ein wenig. Da lesen wir, daß die Zahl der Offiziere sich von 10 250 vor dem 1. April 1917 auf 110 800 am 31. Dezember erhöht habe. In neun Monaten haben sie also 100 000 Offiziere gemacht; wir sind völlig überzeugt, daß diese Herren noch kaum die Anfangsgründe ihres Berufes erlernt haben können und bei dem ohnehin wenig zur Unterordnung neigenden Charakter des Amerikaners nicht erlernen das Ansehen besitzen, das in der Not und Gefahr der Schlacht gefordert werden muß. Woher wir uns entsinnen wollen, daß auch ihre Lehrmeister, die 10 000 aktiven Offiziere, für den großen Krieg nur sehr mangelhaft vorgebildet waren. Noch schlimmer steht es natürlich mit den Unteroffizieren, diesen wichtigen Trägern soldatischen Zusammenhanges und der Festigkeit ihrer Truppe. Das englische Heer hatte demnach die Zahl und der Beschaffenheit nach ganz andere Stämme und hat doch volle zwei Jahre gebraucht, ehe es sich zu den großen Angriffen für entsprechende Masse gekräftigt fühlte. Von den 202 000 Soldaten, die Herr Baker als vor dem 1. April bereits vorhanden nennt, gehörten 110 000 Mann der Wiltz an, einer Bürgergarde mit denkbar geringster militärischer Ausbildung, die gerade für polizeiliche Aufgaben amüßend ausreichte. Das ist das Entscheidende, daß es dort drüben an allen Grundlagen fehlte, auf denen man das schwierige Bauwerk eines Heeres errichten konnte. 1 1/2 Millionen Mann, vielleicht auch mehr, mögen sie unter Waffen haben — ein Heer, das wir als eingetragenen ebenbürtig anerkennen würden, und das die fünf Millionen russischer Soldaten ersehen könnte, bilden diese Leute noch lange nicht — vorausgesetzt, daß ein beträchtlicher Teil von ihnen überhaupt rechtzeitig nach Europa gelangt.

Vom See- und Luftkrieg.

Englische Schiffsverluste. Die englische Admiralität teilt mit: Der Torpedobögel Raccoon lief an der Nordküste von Island am 9. Januar während eines Schneesturmes auf die Felsen auf und ging mit der ganzen Besatzung verloren. 22 Leiden wurden aufgeführt. — Zwei Dampfer, die Mitte Dezember vom Clyde nach Waterford ausfuhren, und zusammen 85 Mann Besatzung an Bord hatten, sind seitdem vermisst. Man glaubt, daß sie in Booten zum Opfer gefallen sind.

Spanischer Dampfer verankert. Reuter meldet aus Las Palmas: Der spanische Dampfer „Josquin Mumbra“ wurde am 31. Dezember 70 Meilen östlich von Madeira verankert.

Neuordnung der englischen Admiralität. Die Neuorganisation der englischen Admiralität ist durchgeführt. Die neuen Mitglieder sind Konteradmiral Sir Sidney Fremantle, Konteradmiral George Hope und Arthur Beese. Der Direktor der Nordost-Bahn, Konteradmiral Henry Oliver, und Godfrey Vaine treten zurück. Archibald Hurd sang im „Daily Telegraph“: Die neuen Ernennungen in der Admiralität werden die Befürchtungen beseitigen, daß ein jäher Wechsel in den Grundgedanken der Marinepolitik beabsichtigt ist.

Nivelle, Oberbefehlshaber in Nordafrika. Der frühere französische Generalfeldmarschall Nivelle wurde zum Kommandanten des 19. Armeekorps ernannt, das seinen Standort in Algier hat. Er wird somit Oberbefehlshaber der französischen Truppen in Nordafrika.